



Vorbildliche Provisorien

Berliner Pop-up-Radwege finden Nachahmer in der Republik. Seite 9

Abbildung: stock.adobe/graf

Neue soziale Frage

Wie die Coronakrise die Ungleichheit in der Gesellschaft verschärft. Seite 11

Gegenwind für Bolsonaro

In Brasilien gehen Fans rivalisierender Fußballklubs gemeinsam gegen den ultrarechten Präsidenten auf die Straße. Das zeigt: Der Widerstand gegen die Regierung ist lebendig. Seite 6



Foto: Reuters/Rahel Patrasso

Mittwoch, 3. Juni 2020

75. Jahrgang/Nr. 127

Einzelverkaufspreis 2,10 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Hamburg wird nicht grüner

Aert van Riel über die Fortsetzung der Koalition in der Hansestadt

Der rot-grüne Koalitionsvertrag in Hamburg ist aus klima- und umweltpolitischer Sicht wenig ambitioniert. Es wird keine schnelle Abschaltung des Heizkraftwerks in Wedel geben, obwohl es aus den 1960er Jahren stammt und als Dreckschleuder gilt. Anwohner wehren sich seit langem gegen das Kraftwerk und klagen über gesundheitsschädliche Partikel, die dort ausgestoßen werden. Größter CO₂-Emitent ist das Kohlekraftwerk Moorburg. SPD und Grüne lassen in ihren Planungen offen, ob es noch bis 2038 am Netz bleibt. Lediglich ein alternatives Ausstiegsszenario wird in Aussicht gestellt, mit dem die Kohleverstromung in Moorburg noch in dieser Legislaturperiode beendet werden könnte. Die Grünen müssen nun zeigen, dass sie beim Thema Moorburg glaubwürdiger sind als früher. Ihre damalige Umweltsenatorin Anja Hajduk hatte vor zwölf Jahren die endgültige Genehmigung zum Bau des Kraftwerkes gegeben.

Angesichts dessen ist es verwunderlich, dass die Grünen mit »Fridays for Future« im Rücken als vermeintliche Hoffnungsträger für mehr Klimaschutz bei der Bürgerschaftswahl im Februar erfolgreich waren und 24,2 Prozent der Stimmen erhielten. Ältere Vertreter von Friedens- und Umweltbewegungen wissen schon lange, dass die Grünen nur bedingt als Partner für Aktivisten taugen. Jüngere Menschen, denen es ernst ist mit einer schnellen Wende in der Klimapolitik, werden zunehmend ähnliche Erfahrungen machen.

UNTEN LINKS

Viel Mühe muss man sich offenbar nicht mehr machen, um eine **Zeitungsente** zu platzieren. Anders kann man es sich nicht erklären, wenn die Deutsche Presse-Agentur kleinlaut einräumt, zunächst berichtet zu haben, »dass ein angeblicher »Verband der Automobillobby (VdA)« zu einer »Feierstunde« unter dem Motto »Freie Fahrt für freies Geld« auf dem Platz der Republik vor dem Reichstagsgebäude aufgerufen habe«. Andererseits, was scheint heutzutage noch unplausibel, wenn der britische Premierminister Boris Johnson im Nachhinein eigene Videobotschaften kürzen lässt, um nicht als einst unbesorgt in der Corona-Pandemie zu gelten, oder Donald Trump ... Ach, die Aufzählung würde den Rahmen sprengen. Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) kann man sich einfach nur zu gut im Champagnerbad mit Autolobbyisten vorstellen. Und die Kapitalisten sind inzwischen so dreist in der Selbstbedienung, dass man es ja beinahe schon als fast wahr ansehen kann. *nic*

ISSN 0323-3375



Sozialstaat in Schiefelage

Grundrechte-Report kritisiert zunehmende Spaltung und Ausgrenzung



Demonstration im April 2019 zur Volksentscheid-Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen«

Foto: imago images/IPON

Berlin. Bürger- und Menschenrechtsorganisationen kritisieren eine zunehmende soziale Spaltung in Deutschland sowie Einschränkungen von Grundrechten durch staatliche Institutionen. Als Beispiele nennt der am Dienstag in Berlin vorgestellte 24. Grundrechte-Report zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland »Versagen bei der Gewährung sozialer Grundrechte und beim Klimaschutz, die Krise des bezahlbaren Wohnraums« sowie die Ausweitung polizeilicher Befugnisse.

Im Fokus des diesjährigen Berichts stehen vor allem soziale Themen. Zwei Texte widmen sich der Pflicht des Staates für ein tragfähiges und auf Patientenbedürfnisse orientiertes Gesundheitssystem. »Es geht nur noch darum, dass Krankenhäuser schwarze oder grüne Zah-

len schreiben«, kritisierte die Krankenschwester Ulla Hedemann bei der Präsentation des Reports. Weitere Artikel stellen Fragen nach dem staatlichen Handlungsspielraum, »um den aufgeheizten Wohnungsmarkt einzuhegen«. Ingrid Hoffmann von der Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen« plädierte in Berlin für die Vergesellschaftung großer Berliner Immobilienkonzerne sowie die Aufnahme des Rechtes auf Wohnen in die Verfassung.

Bei der Präsentation des Grundrechte-Reports wurde die anhaltende Notwendigkeit von zivilgesellschaftlichem Engagement betont. »Eine Demokratie funktioniert nicht, wenn man seinen Bürgerpflichten nicht nachkommt«, mahnte der Pianist Igor Levit. Der Bürgerrechtler warnte auch vor einer Radi-

kalisierung der Sprache in der politischen Debatte. Es sei zwar notwendig, Regierungen für ihr Handeln zu kritisieren. Sprachliche Entgrenzung gehe aber Hand in Hand mit politischer Entgrenzung. Es müsse möglich sein, Debatten zu führen, ohne dass Vorurteile geschürt werden.

Herausgeber des Grundrechte-Reports sind zehn Organisationen, darunter die Humanistische Union, die Neue Richtervereinigung, Pro Asyl, der Republikanische Anwälten- und Anwälteverein, das Grundrechtenteam sowie die Gesellschaft für Freiheitsrechte. Die Autoren veröffentlichten 39 Beiträge zu verschiedenen Themengebieten, die an die Grundrechte angelehnt sind. *nd/Agenturen*

Seite 2

Massenverhaftungen in den USA

Sicherheitskräfte gehen immer rabiater gegen landesweite antirassistische Proteste vor

Hubschrauber in geringer Höhe, militarisierte Polizei und massive Repression gegen Protestierende können Ausschreitungen in den USA nicht stoppen.

Von Moritz Wichmann

Auch nächtliche Ausgangssperren in mindestens 40 Städten in den USA haben weitere Proteste, Ausschreitungen und Plünderungen nicht stoppen können. An vielen Orten hatten Polizisten aber schon vor Beginn der Ausgangssperren begonnen, gewaltsam gegen die überwiegend friedlichen landesweiten Demonstrationen vorzugehen. Die Teilnehmer forderten nach der Ermordung von George Floyd und die Verhaftung von drei weiteren Beamten, die sie für seinen Tod mitverantwortlich machen. Mindestens sieben Menschen kamen durch Schüsse von Sicherheitskräften oder solche von Rassisten oder Ladeneigentümern ums Leben.

Die staatliche Reaktion auf die Proteste wird massiver. In 23 Bundesstaaten wurde die Nationalgarde mobilisiert. Rund 17 000 Nationalgardisten sind derzeit im Einsatz. Laut dem Fernsehsender CNN entspricht dies in etwa der Truppenstärke, mit dem das US-Militär derzeit in Irak, Syrien und Afghanistan im Einsatz ist. Mit ihnen will Präsident Donald Trump »die Straßen dominieren«. Er droht den Gouverneuren der Bundesstaaten, das Militär einzusetzen, wenn sie nicht noch härter gegen die Proteste vorgehen. Laut einer Zählung der Associated Press wurden Stand Dienstagmorgen seit Beginn der Proteste rund 5600 Menschen in 40 Städten festgenommen. Die Vorwürfe reichen von Diebstahl über die Blockade von Autobahnen bis zur Verletzung von Ausgangssperren.

Ein unabhängiger Autopsiebericht von Experten, den die Familie Floyd bezahlt hat, kam unterdessen anders als der offizielle der

Behörden in Minneapolis zu dem Schluss, dass Floyd nur wegen des Polizeieinsatzes gestorben ist. Anders als die offizielle Version es darstellt, was von Bürgerrechtlern als Entlastungsmanöver zugunsten der Beamten kritisiert wurde, hätten keine Vorerkrankungen vorgelegen, die zum Tod beigetragen hätten. Floyd war einer von vielen, die von der Polizei in Minneapolis gewürgt wurden. Nach Informationen des Fernsehsenders NBC hat die Polizei seit 2015 mindestens 237 Mal Würgegriffe eingesetzt, in 44 Fällen wurden Fikerte dabei ohnmächtig.

Die Proteste haben auch eine Welle der Solidarität ausgelöst. Der Minnesota Freedom Fund, der festgenommene Protestierende aus dem Gefängnis holt, sammelte in den letzten Tagen rund 20 Millionen Dollar ein. 2019 erhielt der Rechtshilfefonds rund 100 000 Dollar an Spenden. Die Macher verweisen Spendenwillige mittlerweile an andere Orga-

nisationen. Auch über die Demokratische Spendenplattform Act-Blue ergoss sich ein Spendenregen von über 20 Millionen Dollar. Ein GoFundMe-Projekt der Familie für ein Denkmal in Erinnerung an George Floyd hat rund acht Millionen Dollar gesammelt. Laut einer repräsentativen Umfrage von Morning Consult unterstützen 54 Prozent der US-Bürger die »andauernden Proteste«. 22 Prozent lehnen sie ab. *Seite 4*

Lesen Sie heute im Ratgeber

Witwenrente: Die große und die kleine

Mietendeckel: Zehn Fragen und Antworten

Corona und Kurzarbeit: Folgen für Steuerzahler

Neue Spitze für Linksfraktion Berlin

Anne Helm und Carsten Schatz führen Abgeordnetenhausfraktion

Berlin. Die Mehrheit der Mitglieder der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat am Dienstagnachmittag Anne Helm und Carsten Schatz an ihre Spitze gewählt. Sie waren die Wunschkandidaten der bisherigen Fraktionschefs Carola Bluhm und Udo Wolf.

Die ehemalige Piratin Helm, die seit 2016 Mitglied der Linkspartei und des Abgeordnetenhauses ist, konnte 16 der 27 Stimmen auf sich vereinen, was knapp 60 Prozent Zustimmung entspricht. Die 33-Jährige ist Sprecherin für Medien und Strategien gegen Rechts. Auf ihre Gegenkandidatin Franziska Brychcy (35), die ihre Kandidatur am vergangenen Freitag erklärt hatte, entfielen neun Stimmen, zwei Abgeordnete enthielten sich.

Für Carsten Schatz (50) votierten 21 Abgeordnete, das entspricht knapp 78 Prozent Zustimmung. Vier Fraktionsmitglieder stimmten gegen ihn, zwei enthielten sich. Er gehört seit 2013 dem Landesparlament an und ist Sprecher der Fraktion für Bund, Europa, Berlin und Brandenburg sowie Antidiskriminierung. *nic*

Streit um das Konjunkturpaket

Gespräche auf zwei Tage ausgedehnt

Berlin. Der Koalitionsausschuss zum geplanten Konjunkturpaket wird angesichts der komplizierten Ausgangslage auf zwei Tage ausgedehnt. Die am Dienstag gestarteten Gespräche würden »am späten Abend« unterbrochen, so CDU-Sprecher Hero Warrings auf Twitter. Am Mittwoch sollen sie nach der Sitzung des Bundeskabinetts wieder aufgenommen werden. Die Vorstellungen von CDU, CSU und SPD zur Ankurbelung der Wirtschaft liegen weit auseinander. Ein Streitpunkt sind finanzielle Anreize zum Autokauf, die besonders von der Autobranche gefordert werden. FDP-Fraktionsvize Christian Dürr bezeichnete eine Kaufprämie für Autos als »blanken Hohn« – wer in der Krise in finanziellen Schwierigkeiten stecke, »wird danach wohl kaum ein neues Auto kaufen wollen«. Stattdessen müssten die Steuern gesenkt werden.

Grünen-Fraktionsvize Katja Dörner nannte den möglichen Familienbonus »bestenfalls ein Trostpflaster«. Sie verlangte ein »Corona-Elterngeld für Berufstätige, die weiterhin ihre Kinder zu Hause betreuen müssen«, und höhere Hartz-IV-Sätze für Kinder. *AFP/nd*

Koalitionsvertrag in Hamburg steht

Verkehrswende als ein Schwerpunkt

Hamburg. SPD und Grüne in Hamburg haben am Dienstag die Ergebnisse ihrer wegen der Coronakrise verzögerten Koalitionsgespräche vorgestellt. Der Erste Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) und die Zweite Bürgermeisterin Katharina Fegebank (Grüne) bezeichneten die in den vergangenen Wochen ausgehandelte Vereinbarung vor Journalisten dabei als einen »sehr guten Vertrag«.

Tschentscher sagte, beide Partner würden nun ihren 2015 begonnenen gemeinsamen Regierungskurs fortsetzen und zugleich »neue Impulse« setzen. Schwerpunkte des Senats für die kommenden fünf Jahre lägen etwa im Bereich der Verkehrswende, beim Wohnungsbau sowie bei Kita und Bildung. Fegebank betonte, SPD und Grüne hätten hart miteinander gerungen, lägen inhaltlich jedoch »nah beieinander«.

Hamburg hatte am 23. Februar eine neue Bürgerschaft gewählt. Die SPD wurde mit Abstand stärkste Kraft, die Grünen erzielten große Zugewinne und wurden zweitstärkste Partei. Beide Parteien regieren in der Hansestadt bereits seit 2015. *AFP/nd* Seite 5